

Die Rolle der Kirchen in den politischen Krisen Osteuropas am Beispiel der Ukraine und Belarus¹

Andriy Mykhaleyko

Abstract

The collapse of authoritarian forms of rule in Central and Eastern Europe after 1989 which accompanied the fall of the Soviet Union have raised hopes that post-totalitarian societies could quickly transform into democracies. Three decades after the political changes Eastern Europe remains an area of geopolitical unpredictability. Crises and conflicts in Georgia, Ukraine and, most recently, Belarus are just a few examples of how fragile political stability is here and how quickly the situation can change. With a special focus on Ukraine and Belarus this paper investigates the engagement of the Churches in both countries during the political crises, also in their relations to Russia and the Russian Orthodox Church. The basic questions are: What is the position of the churches in the political crises, how do they work in view of the socio-political challenges and how can their experience be integrated into the search for solutions to the political turmoil? Which role could the churches of Eastern Europe play in the pan-European developments and what could this mean for the future of the project Europe?

Key-Words

Europe, Church, Ukraine, Belarus

1. Kein „Ende der Geschichte“

Die Wende von 1989 und der Zusammenbruch autoritärer Herrschaftsformen im mittel- und osteuropäischen Raum haben die Hoffnung geweckt, dass sich posttotalitäre Gesellschaften schnell und problemlos zu Demokratien wandeln können. Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama sprach sogar vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) und meinte damit, dass die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandenen Nachfolgestaaten sich dem westlich geprägten Modell der liberalen Demokratie anschließen würden. Diese These und der damit verbundene Versuch einer Prognose der künftigen politischen Entwicklung in diesem Raum lösten nicht nur Diskussionen und berechtigte Kritik aus, sondern haben sich, wenn man aus einem Abstand von 30 Jahren nach der Wende zurückblickt, nicht bewahrheitet. Es scheint gegenwärtig kein „En-

1 The paper was completed before Russia escalated the war in Ukraine and expanded it to the whole country.

de der Geschichte“ in Sicht zu sein. Vielmehr bleibt Osteuropa ein Raum geopolitischer Unvorhersehbarkeit. Die Krisen und Konflikte in Georgien, der Ukraine und zuletzt in Belarus sind Beispiele dafür, wie brüchig die politische Stabilität hier ist und wie schnell sich die Lage verändern kann.

Die politische Instabilität Osteuropas hat mehrere Ursachen. Eine davon besteht in der Existenz von sehr unterschiedlichen Vorstellungen der politischen Gestaltung des postsowjetischen Raumes. Ein besonders schwer zu lösendes Problem stellt die russische Politik in ihrem komplizierten Verhältnis zu den neuentstandenen Staaten dar, die einst als Teilrepubliken zur Sowjetunion gehört hatten. Bereits in den späten 1990er Jahren fingen jene, die den Zusammenbruch des Sowjetstaates nicht hinnehmen wollten und ihn für eine „geopolitische Katastrophe“ hielten, an zu behaupten, die Sowjetunion sei nicht wegen der schwachen Wirtschaft und der Missachtung der Menschenrechte zusammengebrochen, sondern als Folge gezielter Operationen des Westens gegen sie (Pomerantsev 2019: 109). Für die Anhänger dieser Vorstellung, zu denen auch die aktuell regierenden politischen Eliten Russlands zählen, galt und gilt es daher, alles dafür zu tun, um die Integrität des postsowjetischen Raumes zu bewahren und ihn vor westlicher Einflussnahme zu schützen. Es ist daher wenig verwunderlich, dass der russische Staat in seiner osteuropäischen Außenpolitik bemüht ist, seinen Einfluss nicht nur zu erhalten, sondern zu intensivieren. Während die baltischen Staaten (Litauen, Lettland und Estland) wegen ihrer Mitgliedschaft in der EU und der NATO nicht primär im Mittelpunkt des außenpolitischen Interesses Russlands stehen, wird dem Erhalt des Einflusses auf die Ukraine und Belarus höchste Priorität zugeschrieben.

Dieser Beitrag nimmt die Rolle der Religion und der Kirchen in der Ukraine und Belarus in den Blick, die in ihren politischen Krisen einen unterschiedlichen Bezug zur Europäischen Union und zu diversen Vorstellungen von einer europäischen Idee erkennen lassen. Die Grundfragen lauten: Wie positionieren sich die Kirchen in den politischen Krisen, wie wirken sie angesichts der gesellschaftspolitischen Herausforderungen und wie lassen sie sich in die jeweiligen staatlichen politischen Diskurse integrieren? Welche Bedeutung können die Kirchen Osteuropas in den gesamteuropäischen Entwicklungen haben und was könnten sie zum Projekt Europa der Zukunft beitragen? Bevor diese Fragen angegangen werden, gilt es zuerst einen Blick darauf zu werfen, warum es sich lohnt, sich im Zusammenhang mit der Krise in Osteuropa mit der religiösen Thematik zu befassen. Dass die politische Krise auch mit der Religion zu tun hat, lässt sich vor allem an der Vielfalt der Verschränkungsformen von Politik und Religion und deren Ineinandergreifen im osteuropäischen

Raum erkennen. Das Bemühen Russlands um die Erhaltung der Integrität des postsowjetischen Raumes wird mit unterschiedlichen Mitteln verfolgt. Man knüpft einerseits an zahlreiche immer noch bestehende politische Verflechtungen und wirtschaftliche Abhängigkeiten aus der Sowjetzeit an. Andererseits braucht solche Integritätspolitik eine *Legitimation* und eine *ideologische Grundlage*. Als Legitimation für diese Politik dienen vor allem die Geschichte und eine spezifische Erinnerungspolitik. Die komplexe gemeinsame Vergangenheit wird dabei so interpretiert, dass man nur jene Ereignisse und Abläufe betont, die auf eine vermeintlich resultierende und realexistierende gemeinsame Identität hinauslaufen. Auf dieser Grundlage wird eine gemeinsame Herkunft und Zukunft konstruiert. In russischer Lesart der Geschichte des osteuropäischen Raumes, die von politischen Mythen geprägt und auf die Schaffung einer kollektiven Identität ausgerichtet ist,² gehört das Territorium der ehemaligen UdSSR zum Einflussbereich Russlands, weil in seinem Geschichtsbild drei „Brüdervölker“ – Russen, Ukrainer und Belarussen – untrennbar verbunden sind und unter ihnen kulturell, sprachlich und mental beinahe keine Unterschiede bestehen. Vor diesem Hintergrund werden aktuelle politische Spannungen und Konflikte nicht als Probleme unter den „Brüdern“, sondern meist als mit klarer Absicht von außen importierte und geförderte Auseinandersetzungen zwischen Ost und West, zwischen östlichen und westlichen Zivilisationen oder zwischen der Europäischen Union und Russland interpretiert.

Die ideologische Grundlage dieser auf Integrität gerichteten Politik liefert nicht nur die in diesem Raum weit verbreitete russische Sprache als einigender Faktor, sondern nicht weniger der orthodoxe Glaube, zu dem sich die meisten Russen, Ukrainer und Belarussen bekennen. Bereits im 10. Jahrhundert wurde in der mittelalterlichen Kiewer Rus das Christentum in der byzantinischen Form als Staatsreligion eingeführt. Die Dominanz der Orthodoxen Kirche in diesem Raum, der in den nachfolgenden Jahrhunderten eine komplizierte Geschichte durchlebte, ist der Grund dafür, dass dieses Territorium von den Protagonisten des russischen Einflusses als „Orthodoxe Zivilisation“³ oder als „Russische Welt“⁴ bezeichnet

-
- 2 Allgemein dazu: Speth, Rudolf: Nation und Revolution: Politische Mythen im 19. Jahrhundert. Opladen 2000; Flacke, Monika (Hg.): Mythen der Nationen: Ein europäisches Panorama. München, Berlin 1998.
 - 3 Zum Konzept „Orthodoxe Zivilisation“ s. Hovorun, Cyril: „Politische Orthodoxie“ als kirchliche Herausforderung, in: Religion und Gesellschaft in Ost und West 12 (2015), 22-25.
 - 4 Zum ideologischen Konzept „Russische Welt“ s. Bremer, Thomas: Diffuses Konzept: Die Russische Orthodoxe Kirche und die ‘Russische Welt’, in: Osteuropa

wird. Die imaginäre Vorstellung von der Existenz eines eigenen zivilisatorischen orthodoxen Raumes kommt dem russischen Staat sehr gelegen. In keinem anderen Bereich überschneiden sich politische und religiöse Interessen so deutlich. Denn das, was der russische Staat in seiner Osteuropa-Politik intendiert, spiegelt sich im religiösen Bereich wider. Ähnlich wie die Politik beansprucht die russische Orthodoxie diesen Raum für sich. Es ist nicht verwunderlich, dass unter solchen Prämissen von staatlicher Seite der Russischen Orthodoxen Kirche, die in Russland eine dominierende und privilegierte Stellung genießt, eine besondere Rolle zugeordnet wird. Trotz ihrer Verfolgung in den 1920-30er Jahren durch die bolschewistischen Machthaber und ihrer Marginalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg zeichnet sich ihr gegenwärtiges Verhältnis zum Staat, wie auch in vielen anderen von der orthodoxen religiösen Kultur geprägten Ländern, durch eine enge Verstrickung mit der russischen Staatsidee in ihren verschiedenen historischen Ausdrucksformen aus. Daraus resultieren vielfältige Verflechtungen mit säkularen Ordnungen und eine gewisse, auch von eigenen Interessen begleitete Verpflichtung, staatliches Handeln zu legitimieren.

Der Staat ist sich dessen bewusst, dass die Kirche und religiöse Kulturen im osteuropäischen Raum ein starker prägender Identitätsfaktor waren und sind. Sie können traditionsbegründete Argumente liefern, die in einer säkular-religiösen Interaktion in der Öffentlichkeit dazu beitragen, unterschiedliche politische Projekte des Staates zu legitimieren. Als fördernd erweist sich für diese Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat die Tatsache, dass die Russische Orthodoxe Kirche selbst den Anspruch erhebt, die Ukraine und Belarus nicht nur im staatlichen Sinne als historisches Einflussgebiet Russlands, sondern auch religiös als eine Einheit zu betrachten. Weil das Moskauer Patriarchat in Belarus und in der Ukraine über eine gut entwickelte kirchliche Infrastruktur mit einem weit verbreiteten Netz von Kirchengemeinden verfügt, bleibt es für den Staat ein nicht zu unterschätzendes Mittel der Einflussnahme.

Während die oben skizzierte Geschichtsinterpretation und die damit verbundene Ukraine- und Belarus-Politik in der russischen Gesellschaft auf eine weitreichende Akzeptanz stoßen, muss ihre Rezeption und die

66/3 (2016), 3-18; Hovorun, Cyril: Interpreting the 'Russian World', in: Andrii Krawchuk, Thomas Bremer (Hg.): Churches in the Ukrainian Crisis. London 2016, 163-171; Zabirko, Oleksandr: Russkij Mir und Novorossija: Theologische und nationalistische Konzepte russischer (Außen-)Politik, in: Heinz-Gerhard Justenhoven (Hg.): Kampf um die Ukraine: Ringen um Selbstbestimmung und geopolitische Interessen. Baden-Baden 2018, 63-77.

Reichweite ihres Einflusses in den ehemaligen Teilrepubliken der UdSSR differenzierter gesehen werden. Blickt man auf die Ukraine und Belarus, so hat man es in beiden Ländern mit einer unterschiedlichen Gesellschaftsstruktur und zugleich mit einer anders geformten religiösen Landschaft zu tun. Die Ukraine ist, historisch bedingt, ein religiös vielfältiges Gebiet. Die Teile des Landes und ihre politische Zugehörigkeit wechselten in den letzten Jahrhunderten mehrfach. Dies hat zur Folge, dass das Verhältnis zu Russland und dessen Politik in der Bevölkerung unterschiedlich beurteilt wird. Der größte Teil des heutigen Territoriums von Belarus stand im Gegensatz zur Ukraine deutlich stärker unter russischem Einfluss.

Bestehende Unterschiede zwischen den beiden Ländern beeinflussen bis heute die Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit und bedingen verschiedene Perspektiven auf die Demokratie und die Suche nach einer modernen Identität. Gerade die Bemühungen um die Etablierung einer europäischen Identität führen fast unvermeidlich dazu, dass man sich die Frage nach dem Verhältnis zu den historischen Narrativen der russischen Führung und der damit verbundenen Identitätspolitik stellen muss und mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichen Erfolgen versucht, sich aus der Bevormundung Russlands zu befreien. Es scheint, dass die Befreiung von russischen Einflüssen eine der Hauptursachen der heutigen Konflikte in Osteuropa ist und direkt mit den Demokratisierungsprozessen in einem engen Zusammenhang steht. Denn es liegt auf der Hand: Je autoritärer ein Regime in Belarus oder der Ukraine in den Jahren nach dem Zusammenbruch der UdSSR war, desto intensiver wurde von ihm die Nähe zu Russland angestrebt. Und umgekehrt: Jede Bemühung um mehr Demokratie und Etablierung von Freiheit und Gerechtigkeit richtete den Blick nach Europa und verursachte dadurch Spannungen mit dem russischen Nachbarn.

Um den Einfluss Moskaus zu reduzieren, werden in der Ukraine und in Belarus diverse Mittel eingesetzt. Vergleicht man beide Länder, so lassen sich hinsichtlich der Einbeziehung der religiösen Thematik als „Abwehrmittel“ gegen die Einflussnahme Russlands sowohl Gemeinsamkeiten als auch beachtliche Unterschiede erkennen. Die letzteren haben damit zu tun, dass sich seit der Wende in Mittel- und Osteuropa bzw. dem Zusammenbruch des sowjetischen Staates 1991 in verschiedenen Teilrepubliken der UdSSR unterschiedliche Modelle des Staat-Kirchen-Verhältnisses etablierten. Deshalb unterscheiden sich auch die Verhaltensmuster der Kirchen im Verhältnis zu Russland sowie in den gegenwärtigen Krisen in Osteuropa, von denen die Ukraine in den Jahren 2004/2005 und seit 2013 sowie Belarus seit 2020 erschüttert werden.

2. Kirchen in der Ukraine-Krise (seit 2013)

Die kirchliche Landschaft in der Ukraine ist ein Spiegelbild der pluralen Struktur der ukrainischen Gesellschaft. Genauso wie in Russland und Belarus gehört die Mehrheit der glaubenden Menschen im Land dem orthodoxen Bekenntnis an. 2021 bezeichneten sich 60% der befragten Gläubigen als orthodox. Anders als in Russland und Belarus stellt aber die Orthodoxie kein monolithisches Gebilde dar. Bis Dezember 2018 war sie in drei und seit Anfang 2019 in zwei miteinander rivalisierende Gruppen gespalten: die Ukrainische Orthodoxe Kirche in kanonischer Verbundenheit mit dem Moskauer Patriarchat, die von der Gemeindezahl die größte Gruppe (etwa 12.400 Gemeinden) ist; die Orthodoxe Kirche der Ukraine mit etwa 6.500 Gemeinden. Neben den Orthodoxen bilden die Katholiken die zweitgrößte Gruppe, die durch drei Kirchen repräsentiert wird: die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK) und die Griechisch-Katholische Eparchie Mukachevo (8,8%) mit etwa 4.000 Gemeinden sowie die Römisch-Katholische Kirche (0,8%) mit etwa 900 Gemeinden. Der Anteil der Vertreter/innen von verschiedenen Zweigen des Protestantismus liegt bei 1,5%.⁵

Diese religiöse Vielfalt wirkte sich nach der Wende der 90er Jahre auf die gesellschaftliche und politische Situation zuerst negativ aus. Ein stürmischer und euphorischer Aufbau des religiösen Lebens nach den Jahrzehnten der Marginalisierung und sogar Unterdrückung wurde vielerorts von zwischenkonfessionellen Rivalitäten oder sogar Konflikten mit Anwendung physischer Gewalt begleitet. Das gegenseitige Misstrauen verhinderte eine konstruktive Zusammenarbeit und war unter anderem die Ursache dafür, dass die Kirchen sich während der ersten großen politischen Krise 2004/2005, die durch die Manipulation der Präsidentschaftswahl verursacht worden war, nicht als fähig erwiesen, sich gemeinsam zu positionieren und miteinander konstruktiv zu handeln.

5 Vgl., Razumkov Centre (Hg.): Особливості релігійного і церковно-релігійного самовизначення громадян України: тенденції 2000-2021pp. [https://razumkov.org.ua/uploads/article/2021_Religiya.pdf] (Letzter Zugriff: 11.02.2022).

2.1 Maidan und die Kirchen

Die Situation änderte sich angesichts der Herausforderungen, mit denen der ukrainische Staat seit Ende 2013 konfrontiert wird. Der Auslöser der zweiten bis heute andauernden politischen Krise war bekanntlich die Verweigerung des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowych (2010-2014), seine Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen mit der EU zu setzen. Mit diesem Vertrag verbanden viele Bürger/innen der Ukraine die Hoffnung auf notwendige Reformen, Bekämpfung der Korruption und Annäherung an die europäische Gemeinschaft. Die Verweigerung der Unterzeichnung des Abkommens seitens des Präsidenten Janukowych wäre ohne starken und expliziten Druck des russischen Staates, der in ihm die Gefahr eines Verlustes seines Einflusses auf die Ukraine befürchtete, nicht möglich gewesen. Im Gegensatz dazu warb Russland mit Nachdruck für den Beitritt der Ukraine in ein alternatives Projekt, die Eurasische Union, was einer langfristigen Einbeziehung der Ukraine in die russische Macht- und Einflusszone gleichgekommen wäre. Die danach ausgebrochenen und überwiegend von Studenten initiierten Proteste erhielten den Namen „Revolution der Würde“ oder „Euromaidan“, genannt nach dem Hauptplatz Maidan in Kiew, auf dem die meisten Proteste stattfanden.

Wie war die Reaktion der Kirchen auf diese politische Krise? Im Vergleich mit den Ereignissen von 2004/05 machte sich im kirchlichen Handeln ein wesentlicher Unterschied bemerkbar. Die Kirchen erwiesen sich – für viele überraschend – als fähig, während der Maidanproteste mit einer Stimme zu sprechen. Das gemeinsame Verantwortungsbewusstsein wurde diesmal durch die Tatsache gestärkt, dass seit mehreren Jahren „die Kirche“ (ohne Unterscheidung der einzelnen Konfessionen) laut unabhängigen Umfragen ein hohes gesellschaftliches Vertrauen genießt. Dieses liegt stabil bei 60% und ist den meisten anderen gesellschaftlichen und politischen Institutionen und Gruppen im Land weit überlegen.⁶

Die historisch bedingte religiöse Pluralität und das – im Gegensatz zu Russland – Fehlen einer absolut dominierenden christlichen Konfession zwangen die Kirchen dazu, nicht mit dem Staat zu alliieren, sondern sich mit der Zivilgesellschaft als eines „konstitutive[n] Element[s] einer funktionierenden Demokratie“ (Ingeborg 2008: 21) stärker auseinanderzusetzen.

6 Vgl., ohne Verfasser: Ukraine: Vertrauen in die Kirche weiter gewachsen, in: Vatican News (01.02.2002) [<https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2022-02/ukraine-kirche-religion-vertrauen-umfrage-orthodox-papst.html>] (*Letzter Zugriff: 11.02.2022*).

zen. Das gemeinsame kirchliche Engagement umfasste zwei Ebenen. Die erste betraf die offizielle Zusammenarbeit der Kirchenleitungen. Sie zeichnete sich durch eine hohe Arbeitseffizienz im Rahmen des bereits seit 1996 existierenden Allukrainischen Rates der Kirchen und religiösen Organisationen aus.⁷ Dieser ist schon aufgrund seiner hohen Repräsentativität für die religiöse Landschaft der Ukraine sehr bedeutsam. Insgesamt werden in ihm über 95 % des religiösen Bereichs, die wichtigsten christlichen Konfessionen und die anderen Religionen in der Ukraine repräsentiert: Orthodoxe, Griechisch-Katholische, Römisch-Katholische, Protestantische Kirchen, Juden und Muslime. Die Hauptaufgaben des Rates als eines konsultativ-beratenden Organes bestehen in der Förderung des interkonfessionellen Dialogs und in der Zusammenarbeit mit dem Staat.

Charakteristisch für die Standpunkte des Rates und der Protestierenden auf dem Maidan waren in der Anfangsphase der Demonstrationen eine Abgrenzung und Distanzierung von den politischen Parteien. Dahinter stand die Angst der Kirchen, die Fehler von 2004/05 zu wiederholen. Damals hatten sich nämlich einzelne Kirchen so positioniert, dass sie offen oder verborgen bestimmte Parteien bevorzugten oder unterstützten. Der Rat konzentrierte sich nun mehrheitlich auf die Lösung der politischen Krise im Land und richtete seine Appelle an drei im Mittelpunkt des Konfliktes stehende Gruppen: das Regime von Präsident Janukowych, die Opposition und die Protestierenden auf dem Maidan. Seit Dezember 2013 veröffentlichte er in einem im Vergleich zu den Vorjahren erstaunlichen Tempo mehrere einstimmig angenommene Stellungnahmen und Erklärungen zur Situation in der Ukraine (vgl. Mykhaleyko 2015: 33-46). Die Analyse dieser Dokumente lässt zwei grundlegende Absichten erkennen. Zum einen verstand sich der Rat als Vertreter der Interessen, Rechte und Freiheiten der Protestteilnehmer/innen. Zum anderen nahm er auch eine klare politische Position ein, besonders zu Fragen der außenpolitischen Entwicklung und der bedrohten Integrität des ukrainischen Staates. Dabei unterstützte der Rat eindeutig die europäische Entwicklungsperspektive im Sinne der Annäherung an die EU und die territoriale Unverletzlichkeit der Ukraine.

Eine klare zukünftige proeuropäische Entwicklungsperspektive des ukrainischen Staates bejahte der Rat schon vor dem Ausbruch der zweiten

7 Zu seiner Struktur s. Krawchuk, Andrii: Constructing Interreligious Consensus in the Post-Soviet Space: The Ukrainian Council of Churches and Religious Organizations, in: Andrii Krawchuk, Thomas Bremer (Hg.): Eastern Orthodox Encounters of Identity and Otherness: Values, Self-Reflection, Dialogue. New York 2014, 273–300.

politischen Krise Ende 2013. Mehr als ein halbes Jahr vor dem Beginn der Proteste nach dem gescheiterten Assoziierungsabkommen bekundete er seine Unterstützung der europäischen Bestrebungen der Ukrainer/innen, die damals noch den außenpolitischen Intentionen der Regierung des Präsidenten Janukowych entsprachen. In einem Communiqué nach dem Besuch der Delegation des Rates in Brüssel am 6./7. März 2013 und den dort stattgefundenen Begegnungen mit den Vertreterinnen und Vertretern der EU sprach er sich positiv zu den Bemühungen der Ukraine und der europäischen Institutionen hinsichtlich einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen dem ukrainischen Staat und der EU sowie der Arbeit der ukrainischen Staatsregierung an der Vorbereitung des Assoziierungsabkommens aus. Im selben Dokument hob er zugleich die Bedeutung der traditionellen moralischen und familiären Werte hervor, die das Fundament der europäischen Identität bilden⁸.

In der Krimkrise wurde die Unterstützung des Rates für die territoriale Integrität in der Ukraine sehr deutlich. Nachdem auf Antrag des russischen Präsidenten Putin der Föderationsrat der Russischen Föderation am 1. März 2014 einem möglichen Militäreinsatz der russischen Armee auf ukrainischem Territorium zugestimmt hatte, wertete der Rat in seiner Erklärung vom 2. März diese Entscheidung als starke Bedrohung nicht nur der Ukraine, sondern auch des Friedens auf dem gesamten europäischen Kontinent. Sein Appell richtete sich an die Verantwortlichen in der internationalen Politik, vor allem aber an die russische Regierung, sich nicht auf rechtswidrige Weise in die inneren Angelegenheiten des ukrainischen Staates einzumischen. Zugleich versicherte der Rat, dass die Ukraine als souveräner Staat und die ukrainischen Bürger/innen dazu bereit seien, mit Russland und dem russischen Volk brüderliche Beziehungen zu pflegen (vgl. Mykhaleyko 2015: 41f.).

Zu gemeinsamen Erklärungen des Rates kam das politische Engagement von Vertretern einzelner Kirchen hinzu. Ihre Absicht bestand darin, die Geschehnisse in der Ukraine in den Kontext der europäischen Politik einzuordnen und deren gesamtpolitische Relevanz aufzuzeigen. Als sich die Proteste auf dem Maidan zugespitzt und die Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und den staatlichen Sicherheitskräften fast ihren Höhepunkt erreicht hatten, trafen sich der orthodoxe Patriarch Fila-

8 Vgl., ohne Verfasser: Підсумкове комюніке ВРЦіРО з приводу візиту делегації Ради до Брюсселю (6-7 березня 2013 р.), in: ВРЦіРО [http://vrciro.org.ua/index.php?option=com_content&task=view&id=205&Itemid=31] (Letzter Zugriff: 30.09.2021).

ret Denysenko und der griechisch-katholische Großerbischof Sviatoslav Shevchuk mit Vertreterinnen und Vertretern der amerikanischen Politik in Washington, darunter am 7. Februar 2014 mit dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Joe Biden. In einem Interview fasste Shevchuk sein Anliegen folgendermaßen zusammen: „Wir haben [während der Gespräche] versucht, Folgendes klarzumachen: das, was da gerade in der Ukraine passiert, wird früher oder später jeden Amerikaner betreffen. Es geht nicht nur die Ukraine oder Europa an. Es geht um die Zukunft der Demokratie in Europa, in Osteuropa, sogar in Russland. Wenn die USA und Europa heute die Ukraine im Stich lassen oder keine aktive Politik führen werden, dann steht die Menschheit wirklich an der Schwelle zu einem neuen Kalten Krieg.“⁹ Die russische Seite, die die Proteste in der Ukraine als eine Operation des Westens bzw. der USA im Zusammenspiel mit den ukrainischen Rechtsradikalen interpretierte, wertete den Besuch in Washington jedoch kritisch als „Berichterstattung“ an die amerikanische Regierung über die Lage in der Ukraine und bezeichnete die Begegnungen sarkastisch als „Einholung des [amerikanischen] Segens“¹⁰.

Einen auf die Integration der Ukraine in die europäische Gemeinschaft gerichteten Appell enthielt die Stellungnahme einer Gruppe von Priestern aus der Ukrainischen Orthodoxen Kirche vom 12. Dezember 2013, die mit dem Patriarchat Moskau in Kirchengemeinschaft standen. Nichtsdestotrotz sprachen sie sich für eine Unterstützung des Euromaidans und für die Annäherung an ein Europa, dessen Basiswerte in ihrer Grundlage christlich seien, aus.¹¹

Die zweite Ebene der zwischenkirchlichen Zusammenarbeit entfaltete sich unmittelbar auf dem Maidan in Kiew. Man kann sie als „Ökumene

9 Ohne Verfasser: Das Oberhaupt der UGKK an die Regierungsbeamten der USA, in: ІНФОРМАЦІЙНИЙ РЕСУРС: Української Греко-Католицької Церкви Пошук [http://news.ugcc.ua/de/news/das_oberhaupt_der_ugkk_an_die_regierung_sbeamen_der_usa_das_was_gerade_in_der_ukraine_passiert_wird_fr%C3%BCher_oder_sp%C3%A4ter_jeden_amerikaner_betreffen_69166.html] (Letzter Zugriff: 30.09.2021), Übersetzung A. M.

10 Ohne Verfasser: Вице-президент США "благословил" лидеров украинского раскола и униатов (07.02.2014) [<http://www.interfax-religion.ru/?act=news&div=54387>] (Letzter Zugriff: 30.09.2021), Übersetzung A.M.

11 Vgl., ohne Verfasser: Група священників УПЦ (МП) підтримала Євромайдан і составила "Заповіді мирного спротивлення" (12.12.2013) [http://www.religion.in.ua/news/ukrainian_news/24259-gruppa-svyashhennikov-upc-mp-podderzhala-evromajdan-i-sostavila-zapovedi-mirnogo-soprotivleniya.html] (Letzter Zugriff: 30.09.2021).

von unten“ bezeichnen. Auf dem Hauptplatz waren ständig Geistliche aus den verschiedenen Konfessionen anwesend. Das eigentliche Leitmotiv und der Hauptbeweggrund für die kirchliche Präsenz auf dem Maidan war der Wunsch, den Menschen beizustehen, wobei das die einzelnen Konfessionen Trennende in vielen Fällen relativiert wurde. Es ist zu beachten, dass diese Geistlichen sich aus eigener Initiative und in Eigenverantwortung den Protesten anschlossen und nicht auf eine Anordnung ihrer Vorgesetzten. Auf dem Maidan wurden auch christliche Feste gefeiert, deren Symbolik die Protestierenden zum Anlass nahmen, ihre Anliegen zu artikulieren. Auch hier spielte die Idee einer europäisch ausgerichteten Ukraine eine zentrale Rolle. Ein Beispiel dafür war das Weihnachtsfest 2013. Traditionsgemäß feiern die Christen der byzantinischen Tradition in der Ukraine dieses Fest nach dem alten Julianischen Kalender am 6./7. Januar, d.h. 13 Tage später als die Römisch-Katholische Kirche, die sich nach dem Gregorianischen Kalender richtet. Trotz dieses kalendarisch bedingten Unterschieds solidarisierten sich die Menschen auf dem Maidan am 24./25. Dezember 2013 mit den Christen der westlichen Tradition und bezeichneten diese Weihnachtsfeier symbolisch als „Euroweihnachten“ (Недавніа 2014: 173), umrahmten sie mit Weihnachtsliedern, um dadurch ein Zeichen der Nähe und Identifikation mit Europa zu setzen.

2.2 Neue orthodoxe Kirche in der Ukraine – neue Herausforderungen

Eine der wichtigsten Fragen nach dem Ende der Maidanproteste und der Umwandlung der Krise in dem bis heute andauernden bewaffneten Konflikt im Osten der Ukraine war, wie sich die religiöse Situation weiterentwickeln würde und ob die positive kirchliche Zusammenarbeit fortgesetzt werden könnte. Im Allgemeinen darf festgehalten werden, dass die Positionierung der Kirchen, die sie seit dem Ausbruch der politischen Krise eingenommen hatten, weitgehend unverändert blieb. Abgesehen von permanenten Versuchen der Russischen Orthodoxen Kirche, auf die mit ihr verbundene Ukrainische Orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat) Kontrolle zurückzugewinnen, unterstützen die meisten Kirchen eine europäische Entwicklungsperspektive der Ukraine. Seit 2018 steht jedoch die kirchliche Zusammenarbeit, die sich während der Proteste 2013 und 2014 auf die Gesamtlage und vor allem auf die Gesellschaft positiv auswirkte, erneut auf dem Prüfstand. Ende des Jahres 2018 beschloss das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel, dem bislang in der Weltorthodoxie nicht anerkannten und als nicht kanonisch geltenden Teil der orthodoxen Kirche in der Ukraine, die mit keiner anderen orthodoxen Kirche

in Kirchengemeinschaft stand, den Status der Autokephalie zu verleihen und damit eine der zahlreichen Spaltungen innerhalb der Orthodoxie zu beseitigen.¹² Die Entscheidung des Patriarchen Bartholomäus wurde durch die historische Verbundenheit der alten Kiewer orthodoxen Metropole mit dem Patriarchat von Konstantinopel begründet und gerechtfertigt. Die ostslawischen Gebiete wurden im 9. und 10. Jahrhundert vom Patriarchat von Konstantinopel aus christianisiert und die dort entstandenen orthodoxen Kirchen standen jahrhundertlang in jurisdiktioneller Abhängigkeit von ihm. So gilt die Kirche von Konstantinopel bis heute als Mutterkirche der hiesigen orthodoxen Kirchen, obwohl gegenwärtig die Russische Orthodoxe Kirche den osteuropäischen Raum, allen voran die Ukraine und Belarus, als ihr kanonisches Territorium beansprucht. Bei dieser Entscheidung berief sich das Patriarchat von Konstantinopel auf das alte „historische Recht“, einer orthodoxen Kirche einen neuen Status zu gewähren. Dieser Schritt Konstantinopels muss aber vor allem als Paradebeispiel der gegenwärtig bestehenden Rivalitäten zwischen Konstantinopel und Moskau um die Vormachtstellung in der Orthodoxie gesehen werden. Denn das Patriarchat von Konstantinopel steht innerhalb der Weltorthodoxie für ein Modell der Orthodoxie, in dessen Mittelpunkt nicht das Patriarchat Moskau, sondern das Patriarchat von Konstantinopel steht. Dabei geht es nicht um rechtliche oder jurisdiktionelle Privilegien und Ansprüche, sondern in erster Linie um das Prestige. Denn der Patriarch von Konstantinopel gilt in der Orthodoxie als „*primus inter pares*“. Die russische Orthodoxie versucht wegen ihrer Größe, die Rolle von Konstantinopel zu limitieren und ihren eigenen Einfluss auszubauen.

Es war vorauszusehen, dass die Kreierung der neuen Orthodoxen Kirche in der Ukraine durch Patriarch Bartholomäos nicht nur einen Konflikt und Spaltung mit dem Moskauer Patriarchat bringen, sondern auch eine tiefgreifende Krise in der Orthodoxie und im ökumenischen Dialog auslösen würde. Die Russische Orthodoxe Kirche reagierte erwartungsgemäß empört auf diesen neuen kirchlichen status quo in der Ukraine, warf dem Patriarchat von Konstantinopel einen Eingriff in ihr kanonisches Territorium vor und kündigte einseitig die Kommuniongemeinschaft mit Konstantinopel auf. Weil man Russland, die Ukraine und Belarus als einen

12 Dazu s. Mykhaleyko, Andriy: The New Independent Orthodox Church in Ukraine, in: *Südosteuropa. Journal of Politics and Society* 69/4 (2019), 476-499; Kemper, Michael: Streit um die Orthodoxie in der Ukraine: Die Risiken der kirchenpolitischen Eskalation, in: *Osteuropa* 68/8-9 (2018), 143-154; Buchholz, Martin-Paul: „Autokephaliebestrebung als Spiegelbild des Kampfs um die Unabhängigkeit von Russland“, in: *Ukraine-Analysen* 207 (26.10.2018), 91-103.

„einheitlichen geistlichen Raum“¹³ sieht, werden solche Kirchenbildungen als Zivilisationskonflikt oder als Angriff auf die gemeinsame Identität der „Orthodoxen Zivilisation“ auf dem Gebiet der Ukraine beurteilt.

Das, was als ein Konflikt auf dem ukrainischen Boden um die Vorherrschaft in der Orthodoxie angesehen werden kann, erhielt von Anfang an eine starke politische Dimension. Nicht nur von der Russischen Orthodoxen Kirche, sondern auch von Seiten des russischen Staates fallen die Urteile nicht weniger scharf aus. Die Schuld an der Krise wird sowohl dem Patriarchat von Konstantinopel als auch der politischen Einflussnahme und Einmischung der USA zugeschrieben. Bei den Feierlichkeiten am 31. Januar 2019, anlässlich des Inthronisationsjubiläums des Patriarchen Kirill, betonte Präsident Putin zwar das Prinzip der Nicht-Einmischung des Staates in kirchliche Angelegenheiten, räumte aber in Bezug auf die Ukraine ein, dass der russische Staat sich das Recht vorbehalte, zu reagieren, wenn die Menschenrechte, darunter auch das Recht auf Bekenntnisfreiheit, verletzt werden. Er warf den Initiatoren des neuen kirchlichen Projektes „grobe“ Einmischung in kirchliche Angelegenheiten vor und verglich diese mit den bolschewistischen Gottlosen, die im 20. Jahrhundert Gläubige und Priester verfolgt hatten.¹⁴

Nicht nur auf russischer, sondern nicht weniger intensiv auf ukrainischer Seite wird die Kirchenfrage für politische Zwecke instrumentalisiert. Trotz der Entschlossenheit des Patriarchen von Konstantinopel wäre die Etablierung einer neuen unabhängigen Kirche in der Ukraine ohne Mitwirkung der ukrainischen Politik nicht möglich gewesen. Denn der ukrainischen Regierung, die die Forderung nach Autokephalie ins Zentrum ihrer politischen Agenda gestellt hat und den Prozess der Verleihung der Autokephalie massiv förderte und unterstützte, ging es nicht nur um die Klärung des kanonischen Status eines Teiles der ukrainischen Orthodoxie. Ihr Interesse und Engagement an diesem Projekt lagen nicht nur in der Erwartung, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Längerfristig sind sie als ein Mittel zur politischen Verselbstständigung der Ukraine gegenüber Russland und als ein Teil der politischen Strategie zur Erhaltung der Integrität und zur Herausbildung einer gemeinsamen nationalen Identität

13 Святейший Патриарх Кирилл: Церковь всегда была залогом мира и единства народов России и Украины (14.03.2014) [<http://www.patriarchia.ru/db/text/3606168.html>] (Letzter Zugriff: 20.09.2021), Übersetzung A.M.

14 Vgl., ohne Verfasser: Путин сравнил инициаторов нового церковного проекта на Украине с безбожниками XX века, in: ТАСС [<https://tass.ru/politika/6064331>] (Letzter Zugriff: 20.09.2021).

sowie zur Festigung der nationalen Einheit zu verstehen. Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko (2014–2019), der bei der Errichtung der Orthodoxen Kirche der Ukraine eine wichtige Rolle spielte, interpretierte die Abhängigkeit der ukrainischen Orthodoxie vom Moskauer Patriarchat, nämlich der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat), als einen der letzten politischen Einflussmechanismen Russlands auf die Ukraine, den es abzuberechnen gelte: „Wenn das Leitungszentrum einer Kirche sich in einem fremden Land befindet und wenn dieses Land dazu ein Aggressor ist, was für einen Staatsbürger wird sie dann erziehen? Gewiss keinen Bürger der Ukraine. Der Kreml versteckt nicht, dass er die Russische Orthodoxe Kirche als eines der Hauptinstrumente des Einflusses auf die Ukraine betrachtet.“¹⁵ Poroschenko betonte mehrfach, dass die Autokephalie für sein Land ebenso wichtig wie das Streben nach einer EU- und NATO-Mitgliedschaft sei.

3. Die Kirchen in der Belarus-Krise

Bevor auf die Frage nach der Rolle der Kirchen in der Belarus-Krise eingegangen wird, lohnt es sich, einen kurzen Blick auf die religiöse Landschaft im Land zu werfen. Im Gegensatz zur Ukraine, in der die Orthodoxie, wie oben gezeigt wurde, keine Einheit bildet, stellt die Belarussische Orthodoxe Kirche als Teil der Russischen Orthodoxen Kirche die größte Religionsgemeinschaft dar. Von insgesamt 3569 registrierten religiösen Gemeinschaften gehören fast die Hälfte (1714) zur Orthodoxen Kirche. Ähnlich wie in Russland die Russische Orthodoxe Kirche, nimmt diese Kirche eine dominierende Stellung ein und mit ihr identifiziert sich die Mehrheit der Bevölkerung. Ihr folgt die Römisch-Katholische Kirche mit 499 Gemeinden, die Griechisch-Katholische Kirche mit 16 Gemeinden und eine Reihe von kleineren evangelischen Kirchen mit insgesamt 1039

15 Ohne Verfasser: Привітання Президента України Петра Порошенка зі створенням Української помісної православної церкви, in: Мультимедійна платформа іномовлення України [<https://www.ukrinform.ua/rubric-society/2601728-porosenko-privitav-gromadan-ukraini-zi-stvorennam-pomisnoi-cerkvi.html>] (Letzter Zugriff: 20.09.2021); S. auch Buchholz, Martin-Paul: „Autokephaliebestrebung als Spiegelbild des Kampfs um die Unabhängigkeit von Russland,“ in: Ukraine-Analysen 207 (26.10.2018), 2-5.

Gemeinden. Außerdem wirken im Land 34 Gemeinden der Altritualisten, 3 jüdische und 24 muslimische Gemeinden.¹⁶

Wie in der Ukraine im Jahr 2004, gaben die Fälschungen bei den letzten Präsidentschaftswahlen am 9. August 2020 in Belarus den Anlass für den Beginn der Proteste in belarussischen Städten. Das Ausmaß, das die Demonstrationen angenommen haben, und die Anwendung der Gewalt seitens der Sicherheitskräfte gegen die Protestierenden sind in der jungen Geschichte des belarussischen Staates beispiellos. Zum ersten Mal wurden die Gesellschaft, die Staatsmacht und auch die Kirchen mit einer derartigen Herausforderung konfrontiert. Es wundert daher nicht, dass die Kirchen bis 2020 eher zurückhaltend wirkten und sich kaum in politische Geschehnisse im Land einmischten. Diese Zurückhaltung war unter anderem der Tatsache geschuldet, dass das Regime des jetzigen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka die Religionsfreiheit wahrte, diese aber an die Bedingung knüpfte, dass die Kirchen sich politisch nicht engagieren.

Überraschend war zu beobachten, dass die Kirchen bzw. ihre Vertreter seit dem Ausbruch der Krise anfangen, gesellschaftspolitisch Stellung zu beziehen. Schon vor dem 9. August 2020 haben sich Vertreter der katholischen, orthodoxen und protestantischen Kirchen zu Wort gemeldet und sich gegen mögliche Fälschungen und für transparente Wahlen ausgesprochen. Unmittelbar danach, als deutlich geworden war, dass die Präsidentschaftswahlen massiv gefälscht wurden, brachen im Land Massenproteste in einer in der jüngsten Geschichte Belarus' nicht gekannten Größe und Intensität aus. Während die Kirchen in der Ukraine zu Beginn der Krise Ende 2013 bemüht waren, gemeinsam und einvernehmlich zu wirken, zeichnete sich das Verhalten der größten Kirche in Belarus von Anfang an durch eine Ambivalenz aus. Im Einklang mit dem Patriarchen Kirill von Moskau, der schon am Tag nach der Wahl, am 10. August 2020, dem neualten Präsidenten Lukaschenka zum Wahlsieg gratulierte, übermittelte ihm auch der Vorsteher der Belarussischen Orthodoxen Kirche, Metropolit Pavel Ponomarjov, ohne Rücksicht auf die bereits ausgebrochenen Protesten auf den Straßen der belarussischen Städte, seine Glückwünsche und betonte: „Wir glauben, dass die künftige Arbeit des staatlichen Systems von Belarus [...] auf der Basis ewiger spiritueller und moralischer Werte,

16 Vgl., Ohne Verfasser: *Информация о конфессиональной ситуации в Республике Беларусь*, in: *Уполномоченный по делам религий* [<https://belarus21.by/Articles/1439296790>] (Letzter Zugriff: 11.02.2022).

die im Schoß der christlichen Tradition gebildet wurden, erfüllt werden wird.“¹⁷

Diese Haltung der Kirchenführung zugunsten des Lukaschenka-Regimes wurde von den Kirchenmitgliedern keineswegs blindgläubig hingenommen. Zahlreiche Geistliche und Gläubige der Belarussischen Orthodoxen Kirche kritisierten in den sozialen Medien die voreilige Positionierung der höchsten Repräsentanten der Kirche als unangemessen. Auf die Initiative orthodoxer Laien und einiger Geistlichen ging der Aufruf zu einem gemeinsamen ökumenischen Gebet zurück, zu dem sich am 13. August in Minsk Orthodoxe, Katholiken und Protestanten versammelten. Obwohl die Orthodoxe Kirche diese „von unten“ initiierte Versammlung offiziell nicht guthieß, erschien nach einer öffentlichen Forderung am nächsten Tag auch Metropolit Ponomarjov zum Gebet. Bei einem anschließenden Gespräch entschuldigte er sich angesichts der Anwendung von Gewalt an den Protestierenden dafür, dass seine Gratulation an den gewählten Präsidenten für Verwirrung und Enttäuschung gesorgt hatte. Außerdem besuchte er am 17. August in einem Krankenhaus verletzte Demonstranten. Solche Handlungen wurden von der staatlichen Seite als Affront gegen das Regime auslegt und Ponomarjov zum Verhängnis. Seine veränderte Positionierung in der Krise wurde zum Gegenstand der Diskussionen bei der obersten Kirchenleitung in Moskau. Auf der Sitzung am 25. August beschloss der Heilige Synod der Russischen Orthodoxen Kirche Ponomarjov von seinem Posten in Belarus abzuberufen und in die Eparchie Kasan nach Russland zu versetzen. Es darf angenommen werden, dass diese Entscheidung das Regime Lukaschenkas zufrieden gestellt haben soll.

Die Positionierung der Römisch-Katholischen Kirche in Belarus unterschied sich von der der Belarussischen Orthodoxen Kirche. Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, der schon zuvor bemüht war, eine gewisse Distanz zu den Staatsorganen zu wahren, veröffentlichte, statt Lukaschenka zu gratulieren, am 11. August einen Aufruf „anlässlich der schwierigen sozio-politischen Situation in Belarus“. Dieser verurteilte die Gewalt „aller Seiten des Konflikts“, rief zum Dialog auf und schlug vor, „sofort einen besonderen Runden Tisch“ als Alternative zu den Barrikaden zusammenzurufen. Am 14. August richtete sich der nächste Aufruf nicht mehr an beide Seiten des Konflikts, sondern ausschließlich an die Staatsmacht. Erzbischof Kondrusiewicz bezeichnete darin die Proteste als legitim, weil sie von der Ab-

17 Zitiert nach: Vasilevich, Natallia: Aufbruch ins Ungewisse: Die Kirchen und die Proteste in Belarus, in: [https://noek.info/hintergrund/1743-aufbruch-ins-ungewisse-die-kirchen-und-die-proteste-in-belarus] (Letzter Zugriff: 20.09.2021).

sicht geleitet seien, „die Wahrheit über die Präsidentenwahl vom 9. August zu kennen“. Daher sei die Anwendung von Gewalt gegen die Demonstranten nicht gerechtfertigt.¹⁸

Genauso wie sein orthodoxes Gegenüber beteiligte sich Kondrusiewicz an einigen öffentlichen Aktionen. Am 21. August leitete Erzbischof Kondrusiewicz in der Nähe eines Isolationszentrums ein Gebet, an dem nicht nur Mitglieder der christlichen Kirchen, sondern auch der jüdischen und muslimischen Gemeinschaften teilnahmen, und traf sich am nächsten Tag mit dem Innenminister Jurij Karajev zu einem Gespräch, bei dem es um die Lage der Festgenommenen und Inhaftierten und ihre Freilassung sowie um Möglichkeit seelsorglichen Betreuung in den Gefängnissen ging. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass am Tag nach dem Treffen Präsident Lukaschenka eine vermeintliche Einmischung der Kirchen in die Politik scharf kritisierte.

Politisches Engagement, Kritik an der Regierung und Unterstützung der Demonstranten und Festgenommenen blieben für Erzbischof Kondrusiewicz wie für seinen orthodoxen Kollegen nicht ohne Folgen. Bei seiner Rückkehr aus Polen wurde ihm die Wiedereinreise nach Belarus unter dem Vorwand verweigert, sein Pass sei ungültig. Da Kondrusiewicz als belarussischer Staatsbürger nicht daran gehindert werden dürfte, ist diese Maßnahme nur im Zusammenhang mit seiner Haltung zu den Protesten in Belarus zu erklären. Wegen der massiven Unterdrückung der Opposition in Belarus nach der Präsidentschaftswahlen kann man heute nicht prognostizieren, wie die politische Lage sich weiterentwickeln wird und welches Potenzial die Kirchen bei dieser Weiterentwicklung zur Geltung bringen können.¹⁹

4. *Ausblick*

Die politischen Krisen in der Ukraine und Belarus sind noch nicht abgeschlossen. Vielmehr weisen sie ihre eigene innere Dynamik auf, sodass wei-

18 Ebd.

19 Zum Potenzial der Kirchen in Belarus s. Elsner, Regina: Kirchen und Protest in Belarus – Aktuelle Umfrageergebnisse, in: Nachrichtendienst östliche Kirchen (24.02.2021) [<https://www.noek.info/hintergrund/1857-kirchen-und-protest-in-belarus-aktuelle-umfrageergebnisse>] (Letzter Zugriff: 04.11.2021); Griefß, Thielko: Belarus Proteste verwandeln die Kirchen, in: Deutschlandfunk (20.10.20) [https://www.deutschlandfunk.de/belarus-proteste-verwandeln-die-kirchen.886.de.html?dram:article_id=486044] (Letzter Zugriff: 20.09.2021).

tere Entwicklungen kaum vorhersehbar sind. Dieser Zustand lässt deshalb keine abschließende Beurteilung des kirchlichen Engagements zu. Angemessener scheint es, einen Ausblick zu versuchen und herauszustellen, mit welchen möglichen Herausforderungen die Kirchen in nächster Zeit zu tun haben und welche Bedeutung sie in den gesellschaftspolitischen Diskursen spielen werden.

Vergleicht man das kirchliche Engagement in der Ukraine und Belarus miteinander, lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch wesentliche Unterschiede feststellen. Bei den politischen Krisen in beiden Ländern stand der Konflikt zwischen Zivilgesellschaft und Staatsmacht im Vordergrund. Obwohl das Erstarken der Zivilgesellschaft in der Ukraine und Belarus mit unterschiedlicher Intensität verlief und ihre Durchsetzungskraft dem jeweiligen Regime gegenüber voneinander divergierte, bemühten sich die Kirchen, Anschluss an dieselbe zu finden und neue Formen der Präsenz in der Gesellschaft zu entfalten. Sie strebten danach, eine Vermittlerrolle zwischen Staat und Gesellschaft einzunehmen. Allerdings muss man hier kritisch anmerken, dass die Vermittlerfunktion sich als nicht leicht umsetzbar erwies. In Belarus hatte diese zu Folge, dass beide Vorsteher der Belarussischen Orthodoxen Kirche und der Römisch-Katholischen Kirche vom Staat unter Druck gesetzt wurden und von ihren Posten zurücktreten mussten. Momentan sieht es danach aus, dass es dem Regime Lukaschenkas gelungen ist, das Land wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Er erhielt eine starke Rückendeckung vom russischen Staat und rückte somit noch stärker als zuvor in die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland. Ob es unter solchen Umständen den Kirchen möglich sein wird, eine besondere Rolle im Verhältnis zum Staat und der massiv unter Druck stehenden und durch Verhaftungen geschwächten Opposition zu spielen, muss offengelassen werden.

Die Kirchen in der Ukraine werden gegenwärtig mit anderen Herausforderungen konfrontiert. Ihnen ist es zwar gelungen, während der Proteste auf dem Maidan friedenssuchende und -stiftende Positionen zu vertreten, dennoch stehen sie spätestens seit 2019 vor einer Zerreißprobe. Ihre Ursache besteht unter anderem in der Errichtung der neuen Orthodoxen Kirche in der Ukraine, die nicht nur innerukrainische Spannungen, sondern auch einen folgenschweren Konflikt in der weltweiten Orthodoxie verursachte. Diese Gründung, bei der der ukrainische Staat unter der Präsidentschaft Poroschenkos ausschlaggebend wirkte, legte offen, dass der Staat in seinen innen- und außenpolitischen Intentionen nicht abgeneigt ist, die sensible Frage der zwischenkirchlichen Beziehungen zu eigenen Gunsten zu instrumentalisieren. Er will durch Ausspielen der religiösen Karte russische hegemoniale Ansprüche eindämmen, vom russischen po-

litischen Einfluss freie Räume schaffen und eine proeuropäische Ausrichtung der künftigen ukrainischen Entwicklung zum Ausdruck bringen. Russland setzt dagegen in seiner Kirchenpolitik darauf, durch Einbeziehung der religiösen Themen und der Institution Kirche seine Ukraine-Politik zu legitimieren und den ukrainischen Staat stärker an sich zu binden.

Wenn man über politisches Engagement der Kirchen spricht, kommt man darüber hinaus an der Frage der Identität oder der identitätsstiftenden Rolle der Religion nicht vorbei. In den politischen Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine lässt sich leicht feststellen, dass die religiöse Komponente einen unverzichtbaren Bestandteil der nationalen Identität sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart darstellt und diese weiterhin mitprägt. Darin besteht ein anderer wesentlicher Unterschied zwischen den Kirchen in der Ukraine und Belarus. Im Gegensatz zur Ukraine spielten bei der Beteiligung der Kirchen an der politischen Krise in Belarus die Fragen der nationalen Identität beinahe keine Rolle. Den Kirchen ging es um die Suche nach einer tragfähigen Lösung des Konfliktes. Im Mittelpunkt standen primär Forderungen nach Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit und Freiheit. Obwohl Putin das Regime von Präsident Lukaschenka offensichtlich unterstützte und legitimierte, wurde in den kritischen Stellungnahmen der kirchlichen Vertreter das russische Verhalten in der Krise nicht expliziert thematisiert oder kritisiert. In der Ukraine wird dagegen der Frage nach einer gemeinsamen Identität hohe Priorität zuteil. Sie wird kontrovers diskutiert und von Kirchen und politischen Parteien unterschiedlich beantwortet und lässt somit einen gewissen Raum für die Involvierung der Kirchen als Mittel zur Lösung politischer Probleme. Die religiöse Vielfalt, die eine absolute Dominanz von nur einer Kirche ausschließt, stellt für die Ukraine eine gesellschaftliche Chance dar, solchen Instrumentalisierungsversuchen entgegenzuwirken.

Es bleibt abzuwarten, ob die Kirchen instande sein werden, in den oben angesprochenen Bereichen ihr Vertrauenspotenzial umzusetzen. Vor allem gilt es das im Verhältnis zur Gesellschaft, deren Transformationsprozesse in Folge der politischen Krisen deutlich beschleunigt wurden.²⁰ Solange große Religionsgemeinschaften sich zu sehr mit der Vergangenheit und mit der Klärung der kanonischen Fragen befassen, bleibt für aktuelle Herausforderungen wenig Raum. Vielmehr müssen die Kirchen sich ge-

20 Für einige Beobachtungen zu diesen Veränderungen während der Maidanproteste und zu damit verbundenen Herausforderungen für die Kirchen siehe Kochan, Natalia: *Shaping Ukrainian Identity: The Churches in the Socio-Political Crisis*, in: Andrii Krawchuk, Thomas Bremer (Hg.): *Churches in the Ukrainian Crisis*, London 2016, 105–121.

genüber diesen neuen Lebenswirklichkeiten der Menschen und der Gesellschaft öffnen und sich stärker auf eine Auseinandersetzung mit den Fragen der gesellschaftlichen und politischen Wandlung einlassen. 2013-2014 stellen sie diese Fähigkeit unter Beweis. In den darauffolgenden Jahren hat die positive Dynamik an Intensität eingebüßt und wird gegenwärtig durch den neuen zwischenkirchlichen Konflikt erheblich gehindert. Das trotz dieser vorhandenen Spannungen bestehende hohe Ansehen der Kirchen, das, wie oben erwähnt, bei 60% liegt, lässt hoffen, dass diese es nicht verspielen. Dafür bedürfte man einer Diskussion über die Neupositionierung der Kirchen. Ihre Verortung zwischen Staat und Gesellschaft wurde mit einer großen Zustimmung gutgeheißen. Durch einen konstruktiven Einsatz ihres Vertrauenspotenzials könnten die Kirchen zu einer Plattform für den Dialog zwischen Politik und Gesellschaft werden und sich als Mediatoren etablieren. Gerade diese Rolle der Kirchen und ein politisches Agieren zu Gunsten der Zivilgesellschaft wird von letzterer am meisten befürwortet. Die Erfahrung des Maidan, als die Kirchen jenseits ihrer innerkirchlichen Konflikte mit der Gesellschaft gemeinsam nach friedlichen Lösungen suchten, könnte auch angesichts der neuen Spannungen in Osteuropa seit 2021 weiter reflektiert und vertieft werden.

Was lässt sich aus den politischen Krisen in der Ukraine und Belarus in Blick auf den gesamteuropäischen Kontext folgern oder was bedeuten diese Krisen für die Kirchen in Europa? Die Lage in der Ukraine und in Belarus stört zweifelsohne den Frieden auf dem europäischen Kontinent, verhindert in vielerlei Hinsicht eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland und wirkt sich belastend auf die wirtschaftlichen Verhältnisse aus. Die aktuelle angespannte Lage in Osteuropa macht nochmals deutlich, dass die Konflikte nicht ein *osteuropäisches*, sondern ein mindestens *gesamteuropäisches* Problem darstellen, dessen politische Tragweite von den europäischen Staatsregierungen ernst genommen wird. Es macht sich zugleich eine weitere Dimension der Krise bemerkbar, die die Rolle der Idee Europas betrifft. Die durch die Konflikte erstarkten Zivilgesellschaften in Osteuropa berufen sich in ihren Auseinandersetzungen mit den autoritären Regimes auf ein idealisiertes Bild von Europa als ein alternatives Modell der Gestaltung und Zukunftsentwicklung dieses Raumes. Die meisten in diesem Beitrag erwähnten Kirchen definieren außerdem in ihren Stellungnahmen Europa durch das Prisma seiner christlichen Fundamente. Das, was gegenwärtig in der EU in Bezug auf Europa, europäische Werte, Zusammenhalt oft mit Skepsis angesehen wird, wird paradoxerweise im Osten Europas sowohl von der Gesellschaft als auch von der Mehrheit der Kirchen in Erinnerung gerufen und als Mittel gegen Autoritarismus propagiert. Von einem solchen „idealen“ Europa erwarten

sie Unterstützung in ihren Bestrebungen nach mehr Freiheit und Demokratie. Vielleicht könnten diese Erfahrungen und Impulse aus dem osteuropäischen Raum einen Anstoß dazu geben, zu wagen, Europa wieder mehr als Wertegemeinschaft und nicht primär als Europa der Märkte zu denken.

Literaturverzeichnis

- Bremer, Thomas: Diffuses Konzept: Die Russische Orthodoxe Kirche und die 'Russische Welt', in: Osteuropa 66/3 (2016).
- Buchholz, Martin-Paul: „Autokephaliebestrebung als Spiegelbild des Kampfs um die Unabhängigkeit von Russland“, in: Ukraine-Analysen 207 (26.10.2018).
- Buchholz, Martin-Paul: Zwischen Spaltungen und Einheitsbestrebungen: Die ukrainische Kirchengeschichte seit der Unabhängigkeit, in: Una Sancta 74/2 (2019).
- Elsner, Regina: Kirchen und Protest in Belarus – Aktuelle Umfrageergebnisse, in: Nachrichtendienst östliche Kirchen (24.02.2021) [<https://www.noek.info/hintergrund/1857-kirchen-und-protest-in-belarus-aktuelle-umfrageergebnisse>] (Letzter Zugriff: 04.11.2021).
- Flacke, Monika (Hg.): Mythen der Nationen: Ein europäisches Panorama. München, Berlin 1998.
- Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. München 1992.
- Grieß, Thielko: Belarus Proteste verwandeln die Kirchen, in: Deutschlandfunk (20.10.2020) [https://www.deutschlandfunk.de/belarus-proteste-verwandeln-die-kirchen.886.de.html?dram:article_id=486044] (Letzter Zugriff: 20.09.2021).
- Hovorun, Cyril: „Politische Orthodoxie“ als kirchliche Herausforderung, in: Religion und Gesellschaft in Ost und West 12 (2015).
- Hovorun, Cyril: Interpreting the 'Russian World', in: Andrii Krawchuk, Thomas Bremer (Hg.): Churches in the Ukrainian Crisis. London 2016.
- Ingeborg, Gabriel: Einleitung, in: Gabriel Ingeborg (Hg.): Politik und Theologie in Europa: Perspektiven ökumenischer Sozialethik. Ostfildern 2008.
- Kemper, Michael: Streit um die Orthodoxie in der Ukraine: Die Risiken der kirchenpolitischen Eskalation, in: Osteuropa 68/8–9 (2018).
- Kochan, Natalia: Shaping Ukrainian Identity: The Churches in the Socio-Political Crisis, in: Andrii Krawchuk, Thomas Bremer (Hg.): Churches in the Ukrainian Crisis. London 2016.
- Krawchuk, Andrii: Constructing Interreligious Consensus in the Post-Soviet Space: The Ukrainian Council of Churches and Religious Organizations, in: Andrii Krawchuk, Thomas Bremer (Hg.): Eastern Orthodox Encounters of Identity and Otherness: Values, Self-Reflection, Dialogue. New York 2014.

- Mykhaleyko, Andriy: Gott auf dem Majdan: Die Rolle der Kirchen in der Ukraine-Krise, in: *ContaCOr* 17 (2015).
- Mykhaleyko, Andriy: The New Independent Orthodox Church in Ukraine, in: *Südosteuropa: Journal of Politics and Society* 69/4 (2019).
- Ohne Verfasser: Das Oberhaupt der UGKK an die Regierungsbeamten der USA, in: *ІНФОРМАЦІЙНИЙ РЕСУРС: Української Греко-Католицької Церкви Пошук* [http://news.ugcc.ua/de/news/das_oberhaupt_der_ugkk_an_die_regierungsbeamten_der_usa_das_was_gerade_in_der_ukraine_passiert_wird_fr%C3%BCher_oder_sp%C3%A4ter_jeden_amerikaner_betreffen_69166.html] (Letzter Zugriff: 30.09.2021).
- Ohne Verfasser: Ukraine: Vertrauen in die Kirche weiter gewachsen, in: *Vatican News* (01.02.2002) [<https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2022-02/ukraine-kirche-religion-vertrauen-umfrage-orthodox-papst.html>] (Letzter Zugriff: 11.02.2022).
- Ohne Verfasser: Вице-президент США "благословил" лидеров украинского раскола и униатов (07.02.2014) [<http://www.interfax-religion.ru/?act=news&div=54387>] (Letzter Zugriff: 30.09.2021).
- Ohne Verfasser: Група священників УПЦ (МП) підтримала Євромайдан і составила "Заповіді мирного спротивлення" (12.12.2013) [http://www.religion.in.ua/news/ukrainian_news/24259-gruppa-svyashhennikov-upc-mp-podderzhala-evromajdan-i-sostavila-zapovedi-mirnogo-soprotivleniya.html] (Letzter Zugriff: 30.09.2021).
- Ohne Verfasser: Информация о конфессиональной ситуации в Республике Беларусь, in: Уполномоченный по делам религий [<https://belarus21.by/Articles/1439296790>] (Letzter Zugriff: 11.02.2022).
- Ohne Verfasser: Підсумкове комюніке ВРЦіРО з приводу візиту делегації Ради до Брюсселю (6-7 березня 2013 р.), in: *ВСЦіРО* [http://vrciro.org.ua/index.php?option=com_content&task=view&id=205&Itemid=31] (Letzter Zugriff: 30.09.2021).
- Ohne Verfasser: Привітання Президента України Петра Порошенка зі створенням Української помісної православної церкви, in: Мультимедійна платформа іномовлення України [<https://www.ukrinform.ua/rubric-society/2601728-porosenko-privitav-gromadan-ukraini-zi-stvorennam-pomisnoi-cerkvi.html>] (Letzter Zugriff: 20.09.2021).
- Ohne Verfasser: Путин сравнил инициаторов нового церковного проекта на Украине с безбожниками XX века, in: *TACC* [<https://tass.ru/politika/6064331>] (Letzter Zugriff: 20.09.2021).
- Pomerantsev, Peter: *This Is Not Propaganda: Adventures in the War Against Reality*. New York 2019.
- Razumkov Centre (Hg.): *Особливості релігійного і церковно-релігійного самовизначення громадян України: тенденції 2000-2021pp.* [https://razumkov.org.ua/uploads/article/2021_Religiya.pdf] (Letzter Zugriff: 11.02.2022).

- Speth, Rudolf: Nation und Revolution: Politische Mythen im 19. Jahrhundert. Opladen 2000.
- Vasilevich, Natallia: Aufbruch ins Ungewisse: Die Kirchen und die Proteste in Belarus, in: [<https://noek.info/hintergrund/1743-aufbruch-ins-ungewisse-die-kirchen-und-die-proteste-in-belarus>] (Letzter Zugriff: 20.09.2021).
- Zabirko, Oleksandr: Russkij Mir und Novorossija: Theologische und nationalistische Konzepte russischer (Außen-)Politik, in: Heinz-Gerhard Justenhoven (Hg.): Kampf um die Ukraine: Ringen um Selbstbestimmung und geopolitische Interessen. Baden-Baden 2018.
- Недавня, Ольга: Церковно-релігійний фактор Євромайдану в оцінках його учасників, in: Майдан і Церква: Хроніка подій та експертна оцінка. Київ 2014.
- Святейший Патриарх Кирилл: Церковь всегда была залогом мира и единства народов России и Украины (14.03.2014) [<http://www.patriarchia.ru/db/text/3606168.html>] (Letzter Zugriff: 20.09.2021).

